

# DIE LINKE.

## Fraktion im Kreistag der Wetterau



Gute und bezahlbare  
Wohnungen für Alle!

## Still- stand

Nichts geht voran beim sozialen Wohnungsbau. Im Wetterauer Kreistag wurde ein Haushalt für die Jahre 2019/2020 verabschiedet, doch Geld für bezahlbares Wohnen war nicht vorgesehen. Erst mit einem kurzfristigen Änderungsantrag haben SPD und CDU noch schnell 2,1 Millionen Euro bereitgestellt. Was soll man mit diesem Alibibetrag anfangen? Von der kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft oder dem versprochenen Zweckverband Wohnen war gar nicht mehr die Rede.

Weiter auf Seite 2

Gesundheitszentrum Wetterau:

## Öffentliche Gelder für private Klinik?

Beim Gesundheitszentrum Wetterau (GZW) sind Investitionen in Höhe von 60 Millionen Euro geplant. Der größte Teil kommt vom Land Hessen. Einen kleinen Teil steuert der Wetteraukreis selbst bei. Es könnte aber sein, dass von diesem Geld der öffentlichen Hand eine Privatklinik profitiert.

Nun ist passiert, was DIE LINKE schon länger befürchtet hat. Beim GZW soll eine Privatklinik entstehen. Die Koalition aus SPD und CDU hat im Kreis-

tag dazu einen Entwurf für den Gesellschaftsvertrag vorgelegt.

Die Privatklinik soll GZW Plus heißen und als GmbH

Lesen Sie Seite 4

Lesen Sie auf Seite 3:

## Floppcenter! Hartz4 im Supermarkt?

## Frieden in Gefahr

Europa gilt als Friedensprojekt. Die EU habe seit mehr als 70 Jahren Frieden garantiert, heißt es. Diese Ansicht verkennt: Europa führt weltweit Kriege! Europa rüstet auf! Der Frieden in Europa selbst ist durch die Vasallentreue zu den USA derzeit stark gefährdet! Mit der Aufkündigung des INF-Vertrags kann Europa wieder zum Kriegsschauplatz werden.

Ein Interview auf Seite 6

März/April/Mai 2019

# Stillstand

Da es den Zweckverband noch nicht gibt, ist anzunehmen, dass diese müden 2,1 Millionen irgendwie auf die Kommunen verteilt werden sollen. Da bleibt dann für die einzelne Kommune nicht mehr viel übrig.

Interesse für bezahlbaren Wohnraum sieht nun wirklich anders aus!

## Es fehlt am politischen Willen!

DIE LINKE forderte in der Haushaltsdebatte 21 Millionen. Das Geld wäre da! Der Wetteraukreis verbucht Überschüsse: im Jahr 2016 waren es 31 Millionen Euro, in 2017 mehr als 47 Millionen Euro und 2018 fast 14 Millionen Euro.

Für 2019 sind Überschüsse von fast 12 Millionen und für 2020 gut 14 Millionen geplant.

Wieso da nicht jedes Jahr ein namhafter Betrag in eine kreiseigene Wohnungsbau-gesellschaft - oder wegen uns auch in einen Zweck-

verband - hätte fließen können, das ist mehr als erklärungsbedürftig! Ebenfalls verwunderlich, warum Fördermittel des Landes

seit Jahren nicht abgerufen werden. Das alles lässt am Interesse der Koalition an der Beseitigung der Wohnungsnot doch sehr stark zweifeln!



*Ihr Ruhepol in der Stadt  
- zentral mit idealer Infrastruktur*

1- bis 4-Zimmer-Wohnungen  
30 m<sup>2</sup> - 186 m<sup>2</sup>  
mit Terrasse und Garten oder Balkon

Dachgeschosswohnungen - mit  
Balkon und großer Dachterrasse

Großzügige Tiefgarage mit Zugang  
zu jedem Haus und jedem Aufzug

Info für Kapitalanleger:  
Aktuell erzielte Kaltmieten: ca. 10-11 Euro/m<sup>2</sup>  
Kein Leerstand - schnelle Vermietbarkeit

KfW - 70 Standard,  
Echtholzparkett,  
elektrische Rollläden etc.

*Natürlich wird gebaut in der Wetterau! Leider meist hochpreisiger Wohnraum. Aber der Bedarf besteht bei bezahlbaren Mietwohnungen.*

*Es kann doch einiges nicht stimmen, wenn zum Beispiel in Friedberg 34 Sozialwohnungen neu entstehen aber in der selben Zeit 117 aus der Mietpreisbindung fallen. Außerdem stehen weit über 400 Wohnungssuchende auf der Warteliste der WoBau. Sie suchen eine preiswerte Wohnung und kein luxuriöses Apartment. Das Thema wird immer dringlicher.*

*Private Investoren lösen die Wohnungsnot nicht. Wenn sie bauen, wollen sie verdienen und es entstehen in erster Linie keine preiswerten Mietwohnungen.*

Folge 14:

**flopcenter** 

## Hartz 4 an der Supermarktkasse?

Es klingt wie im Märchen: Hartz4 soll jetzt problemlos an der Supermarktkasse ausgezahlt werden. Das Wetterauer Jobcenter hat das angeblich erfolgreich ausprobiert. Wir glauben nicht an Märchen und haben hinter die Kulissen geschaut.

In Notfällen soll es Geld im Supermarkt geben. Man braucht nur einen Strichcode vom Jobcenter und schon zahlt die Kassiererin die Kohle aus. Angeblich können bis zu 1000 Euro auf diese Weise abgehoben werden. Wie im Schlafraffenland?

**Für Notfälle?  
Schnell geht beim  
Jobcenter gar nichts!**

Natürlich muss nach wie vor ein Antrag auf Leistungen gestellt werden. Der Antrag wird geprüft. Das dauert oft zwei bis drei Wochen. Dann tuts auch eine Überweisung aufs Konto.

Für einen wirklichen Notfall gibts im Jobcenter einen

Geldautomaten. Da muss man nicht extra zum Supermarkt fahren!

Doch hier steckt das Problem: Die Geldautomaten sind nun alt und müssten ausgewechselt werden. Das findet die Bundesagentur

für Arbeit offensichtlich zu kostspielig.

DIE LINKE. Kreistagsfraktion fragt nun das Jobcenter Wetterau: Ist geplant, zukünftig kein Geld mehr bar auszuzahlen? Warum werden hoheitliche Aufgaben über nicht befugte Dritte (privater Supermarkt) abgewickelt? Wie soll Mißbrauch entgegengewirkt werden - zum Beispiel dass Supermärkte die Auszahlung mit Einkäufen verrechnen? Wie wird ausreichender Abstand an der Kasse garantiert und wie die Verschwiegenheitspflicht der Kassier/innen? Wie viel Geld verlangen die Supermärkte für die Abwicklung?



# Öffentliche Gelder für private Klinik?

nicht mehr gemeinnützig arbeiten.

Im Kreistag sprach sich DIE LINKE. gegen diesen Versuch der Privatisierung aus. Zum einen ist eine wohnortnahe, leistungsfähige Gesundheitsversorgung der Bevölkerung grundlegender Bestandteil der Daseinsfürsorge.

Zum anderen taugt der vorgelegte Gesellschaftsver-

trag keinen Schuss Pulver! Darin sind zu viele Unklarheiten und Leerstellen, die eigentlich vor einer Abstimmung explizit geklärt sein müssten.

Die Zustimmung zur Gründung der GZW Plus GmbH auf der Basis dieser dünnen Pseudo-Vertragsunterlagen, käme der Unterschrift unter einen Blanko-Scheck gleich. Politikerinnen und Politiker anderer Fraktionen mögen so etwas abnicken - die Linksfraktion definitiv nicht.

## Große Unklarheiten

Unsere Kritik wurde von den anderen Fraktionen angegriffen, wir würden das nicht verstehen. Die Privatlinik sei nur auf dem Papier geplant. Die Privatpatienten sollen getrennt abgerechnet werden, um den Kostenrahmen des GZW besser einhalten zu können. Was soll das denn jetzt heißen? Derzeit gibt es schon Privatpatienten. Rechnet man sie denn nicht getrennt ab?

Wie will man diese Papier-Privatlinik räumlich umsetzen? Haben die Patienten einer Privatlinik nicht Anspruch auf besondere Behandlung und Zimmer?

Muss das Personal nicht extra für diese Privatlinik vertraglich eingestellt werden?

Das Bad Nauheimer Hochwaldkrankenhaus soll mit 60 Millionen umfangreich saniert werden. Es sind öffentliche Gelder, die man hier investieren wird. Unter anderem wird das Bettenhaus erweitert. Ist es jetzt zu weit hergeholt, zu folgender Vermutung zu kommen: Wenn der Umbau fertig ist, trennt man einen Teil des Bettenhauses für die Privatlinik ab? Vielleicht ein ganzes Stockwerk?

Eine Privatlinik bekommt keine öffentliche Förderung. Aber wenn man diese öffentliche Förderung vor der Gründung schon investiert hat, könnte man auf dumme Gedanken kommen...

Deshalb hat die Linksfraktion nun eine umfangreiche Anfrage eingereicht, die hoffentlich bald Klarheit bringt.



## Sozialkompass für die Wetterau

**DIE LINKE.**

KREISVERBAND WETTERAU

Der Sozialkompass enthält viele wichtige Adressen, um im Behörden-dschungel zu bestehen. Roter Laden, Friedberg, Usagasse 23. Montags 14 bis 16 Uhr. Donnerstags 16 bis 18 Uhr.



## Auf so was muss man erst mal kommen!

Wie kommt jemand auf die Idee mit der Privatklinik? SPD und CDU wollen eine Möglichkeit finden, das irrsinnige Fallpauschalen-Vergütungssystem des Bundes abzufangen. Danach werden mit den Krankenhäusern jährlich Fallzahlen vereinbart. Werden die dann überschritten – wird das Krankenhaus „bestraft“ - mit einem Ungetüm namens Fixkostendegressionsabschlag. Für mehr Leistung muss das Krankenhaus zahlen und so sollen die Fallzahlen gedämpft werden.

Jetzt will man die Privatpatienten aus dem Gesundheitszentrum Wetterau herausnehmen.

Dann würden die Fallzahlen der anderen, der öffentlichen Krankenhäuser, abgesenkt werden.

Wir können das zwar verstehen aber nicht billigen. Warum protestieren die Kreispolitiker/innen nicht mal in Berlin? Dort regieren doch ihre Parteien!



Recyclinghöfe werden bei Kleinmengen teurer

## 40 Kilo Müll...

**...sind zukünftig als Minimum für Kleinmengen festgelegt worden. Darunter geht nichts mehr, weil der Wetteraukreis nicht die nötigen Plattformwaagen kaufen will. Landet jetzt wieder mehr Müll in Wald und Feld?**

Der Wetterauer Kreistag hat eine Vorgabe der Eichdirektion Hessen zum Anlass genommen, um eine Untergrenze bei Müll zu beschließen. DIE LINKE hat das abgelehnt.

Die bisherigen Fahrzeugwaagen auf den Recyclinghöfen messen mit einem Eichwert von 2 kg genau. Aber weil es Klagen gegeben hat, müssen jetzt Plattformwaagen für kleine Mengen eingesetzt werden. Die Anschaffung ist dem Wetteraukreis zu teuer. Und so

beschloss man lieber 40 kg als Mindestmenge. Kleinere Mengen werden jetzt wie 40 kg berechnet.

Ein Schildbürgerstreich? Wir haben im Kreistag auf die Folgen aufmerksam gemacht: Mit dieser neuen Regelung ist zu erwarten, dass es mehr illegal entsorgten Sperrmüll in der Natur geben wird. Die Entsorgung dieses illegal deponierten Mülls ist sehr teuer. Wäre es da nicht billiger gewesen, die Plattformwaagen zu kaufen?

# Frieden in Gefahr

## Ein Interview.

**Viele sehen Europa als erfolgreiches Friedensprojekt. Du aber schätzt derzeit die Kriegsgefahr sehr hoch ein. Warum?**

US-Präsident Trump hat den INF-Vertrag aufgekündigt. Das gefährdet unsere Sicherheit. Denn nun können wieder atomare Mittelstreckenraketen in Deutschland stationiert werden. Im Konfliktfall wären wir Kriegsschauplatz.

### **Was ist der INF-Vertrag?**

Der Vertrag ist 1987 zwischen den USA und der Sowjetunion abgeschlossen worden. Alle Raketen und Marschflugkörper mit einer Reichweite von 500 bis 5.500 Kilometern wurden kontrolliert vernichtet - mit samt den Startanlagen, den Führungszentren und allem was notwendig war, um diese Waffen einzusetzen. Doch nun steht wieder ein neues Wettrüsten bevor.

### **Mittelstreckenraketen aus Russland erreichen die USA nicht?**

Nein. Sie erreichen Ziele



*Gabi Faulhaber, Kreistags-  
abgeordnete der Linken*

in Europa, im Nahen Osten oder China.

### **Die USA wären also von den Mittelstreckenraketen nicht direkt betroffen...**

Die USA wollen ihre Mittelstreckenraketen in Europa stationieren. In den Ländern der NATO-Partner.

### **Steht nun ein Krieg bevor?**

Die Kriegsgefahr steigt natürlich! Denn es könnte ja auch durch einen Zufall, durch einen Systemfehler, durch menschliches Versagen ein Krieg ausbrechen. Mittelstreckenraketen haben ausgesprochen kurze Vorwarnzeiten. Dadurch gibt es überhaupt keine Reaktionsmöglichkeiten.

Die Chancen, beispielsweise durch ein Telefonat oder andere Kontaktaufnahme Gegenschläge zu verhindern, ist gleich Null. Der INF-Vertrag bot mehr Sicherheit, bei Missverständnissen noch deeskalierend eingreifen zu können.

### **Aber die USA beschuldigen Russland, den Vertrag verletzt zu haben.**

Letztendlich ist egal, wer zuerst den INF-Vertrag verletzt hat. Das Wettrüsten im Kalten Krieg hat gezeigt, dass alle nur verlieren! Geld, das für Rüstung ausgegeben wird, fehlt für sinnvolle Aufgaben und die Welt wird nicht sicherer durch mehrfachen Overkill.

### **Kann man etwas für den Frieden tun?**

Es muss dringend Proteste gegen ein neues Wettrüsten geben! Die Bundesregierung muss Druck bekommen, dass sie der Stationierung von US-Atomwaffen in Deutschland und Europa nicht zustimmt!

Ohne Druck, wird auch der Rüstungsetat verdoppelt werden - das ist schon geplant. Am Ostermontag finden Friedensproteste statt!

  
Für ein soziales Europa  
Für ein friedliches Europa  
Für ein demokratisches Europa  
Für ein ganz anderes Europa

## Europa von Links

Die Wahlen zum Europa-Parlament im Mai 2019 finden in Zeiten einer starken Polarisierung statt. Auf der einen Seite drohen die extrem rechten und neoliberalen Kräfte immer stärker zu werden. Doch auf der anderen Seite ist viel in Bewegung. Europaweit gehen Menschen auf die Straße. In Frankreich und Belgien für soziale Sicherheit, in Spanien für demokratische Rechte und in Italien gegen rechte Politik und Rassismus. Bei uns in Deutschland demonstrierten Zehntausende für Klima- und Umweltschutz, für bezahlbare Mieten, für bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege, gegen Aufrüstung und schärfere Polizeige-

setze. Immer mehr Menschen werden aktiv. Ein "Weiter-so" kann es nicht geben. Für ein ganz anderes Europa lohnt es sich zu kämpfen: sozial, friedlich und demokratisch!

Am 26. Mai  
**DIE LINKE.**  
wählen!

Europawahl am 26. Mai 2019  
**Europa sozial und friedlich!**

Das sind die Spitzenkandidaten der Linken zur Europawahl am 26. Mai 2019: Özlem Demirel (34 Jahre), Martin Schirdewan (43). Die Westfälin mit kurdischen Wurzeln und der Ost-

berliner wollen sich mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass Europa nicht nur eine Wirtschaftsunion ist, sondern auch eine Sozialunion wird. Ganz wichtig ist hierfür Friedenspolitik!



